

Prognose 1981: Rückgang der Inlandsnachfrage

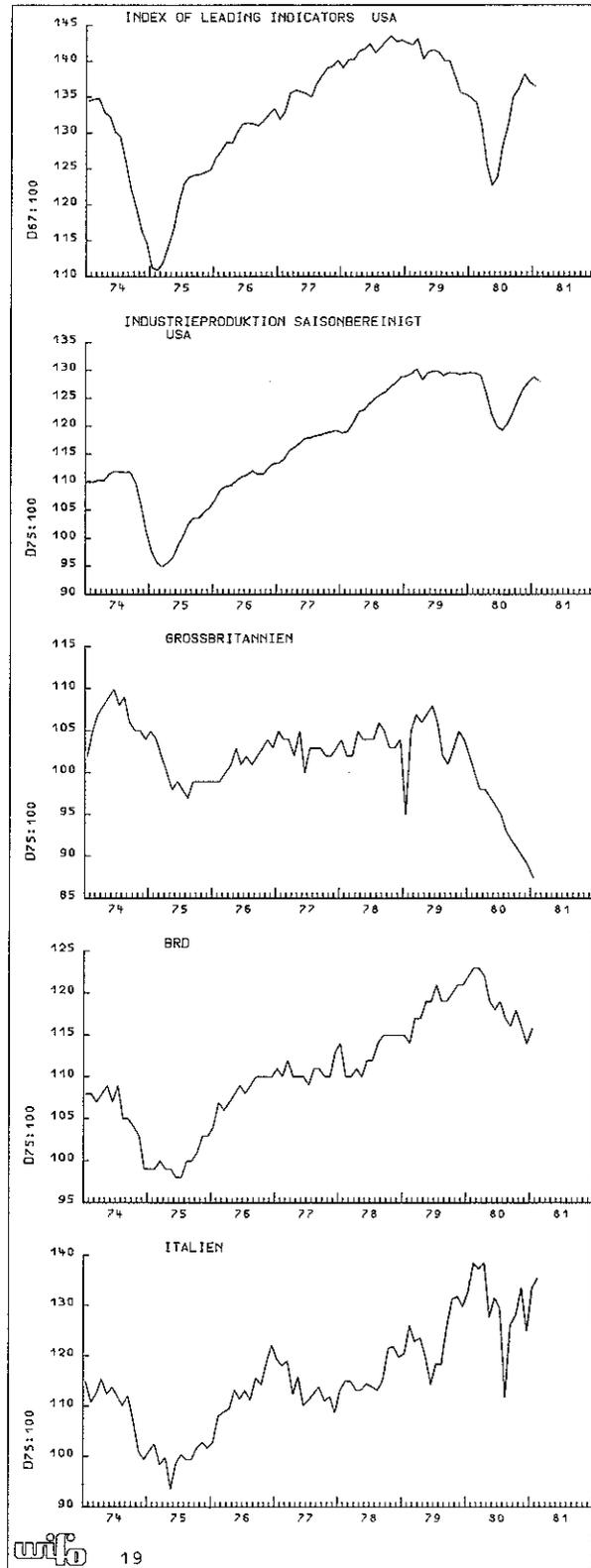
Internationale Konjunktur

Die westlichen Industriestaaten befinden sich seit dem Frühjahr 1980 in einem Konjunkturabschwung, der durch die zweite Erdölpreiskrise verursacht und durch die restriktive Wirtschaftspolitik verstärkt wurde. Im Herbst verlangsamte sich zwar das Tempo der konjunkturellen Talfahrt, sie hielt aber allgemein über die Jahreswende 1980/81 an. In den USA haben sich die Hoffnungen zerschlagen, die relativ tiefe Rezession sei nach kurzer Zeit endgültig überwunden. Großbritannien erlebt seit 1979 die schwerste Stabilisierungskrise nach dem Zweiten Weltkrieg, was auch durch das jüngste Sparbudget neuerlich bestätigt wird. Der Produktionsrückgang in Japan und in den anderen europäischen Ländern war nicht so einschneidend.

Eine Konjunkturwende ist für die Industriestaaten derzeit noch nicht in Sicht. Die OECD-Prognose vom Dezember 1980 unterstellte, daß eine leichte Belebung bereits im 1. Halbjahr 1981 einsetzen und sich dann laufend verstärken werde. Auf Grund der jüngsten Entwicklung scheint diese Annahme zu optimistisch gewesen zu sein.

In den USA deuten die jüngsten Konjunkturindikatoren nach einem vorübergehenden Aufschwung im Herbst wieder auf eine rückläufige Entwicklung hin. So schwächte sich der Index der vorausseilenden Wirtschaftsindikatoren des US-Handelsministeriums, nachdem er vorher sechs Monate hindurch gestiegen war, im Dezember und Jänner wieder ab (−0,9% bzw. −0,4%), und die Industrieproduktion sank im Februar nach siebenmonatigem Anstieg saisonbereinigt um 0,5%. Im Zuge der US-Zinspolitik und auf Grund des Vertrauensvorschlusses in die neue Regierung kam es zu einer deutlichen Dollaraufwertung. In der Folge waren europäische Länder (besonders die BRD) gezwungen, ihrerseits das Zinsniveau anzuheben, um ein noch weiteres Sinken des Wertes ihrer Währungen zu vermeiden. Die DM hat sich auf Grund dieser Maßnahmen ab Mitte Februar sowohl gegenüber dem Dollar als auch innerhalb des Europäischen Währungssystems bereits wieder erholt.

Auch von der Fiskalpolitik sind infolge beträchtlicher Budgetdefizite keine expansiven Impulse zu erwarten. Eine Ausnahme bildet Japan. Dort wurden wirtschaftspolitische Maßnahmen gesetzt, um (angesichts eines Nachlassens der Auslandsnachfrage) die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Mit einer jüngst verfüigten Diskontsatzsenkung sowie einem ausgabenorientierten expansiven Budget soll im kommenden



Fiskaljahr (beginnend mit März 1981) das Wachstumsziel +5,3% erreicht werden.

Während die europäischen Länder keine nennenswerten Spielräume für expansive Fiskalpolitik sehen, hat die Regierung Reagan für das Budget 1982 neue Akzente gesetzt. Einer generellen Ausgabenkürzung stehen deutliche Ausgabensteigerungen für die Verteidigung und Steuersenkungen gegenüber. Es ist unsicher, ob heuer bereits Erwartungen positiv beeinflusst werden oder mit Wirksamwerden des neuen Budgets 1982 stimulierende Effekte auf die Wirtschaftsaktivität ausgehen werden. Im 2. Halbjahr 1981 könnte eventuell durch Lageraufbau (wovon ein großer Teil auf die von Regierungsseite bewußt betriebenen strategischen Lagerkäufe zurückzuführen sein wird) ein leichter Aufschwung induziert werden.

In Westeuropa dürfte sich der Konjunkturabschwung noch fortsetzen. Eine im Dezember 1980 noch nicht abzusehende Verschärfung des geldpolitischen Kurses (hohe Zinsen), zusammen mit der restriktiven Grundhaltung der Budgetpolitik, wird voraussichtlich dazu führen, daß die Wirtschaftsaktivität bis in das Frühjahr 1981 nachlassen wird. Für das 1. Halbjahr 1981 ist daher in Europa (besonders in der BRD) mit einem Rückgang oder einer Stagnation des realen Brutto-Inlandsproduktes zu rechnen. Daran dürfte auch die Tatsache nichts ändern, daß sich laut jüngstem EG-Konjunkturtest das Konjunkturklima im Jänner 1981 gegenüber den Vormonaten leicht besserte. Die Auftragslage war bis zuletzt nur für Exporte günstiger als zuvor. Auf Grund der Ergebnisse der Euro-Invest-Konferenz vom November 1980 ist für 1981 mit einem Investitionsrückgang in Europa in der Größenordnung von real 2½% (Bauten -3%, Ausrüstungen -2%) zu rechnen. Eine Konjunkturbelebung im 2. Halbjahr 1981 ist auf Grund lagerzyklischer Einflüsse (der Abbau der Rohwarenlager dürfte im I. Quartal 1981, jener von Fertigwarenlagern etwas später abgeschlossen sein) zu erwarten.

Angesichts der rezessiven Entwicklung dürfte der Welthandel 1981 weiter abnehmen. Da der Handel mit den nichterdölproduzierenden Entwicklungsländern und den Oststaaten schwach sein wird, ist nur auf Grund der Kaufkraftumschichtung von den Industrieländern zu den OPEC-Staaten von diesen eine Stütze des Welthandels zu erwarten. Die Leistungsbilanzdefizite werden rezessionsbedingt in den Industrieländern kleiner werden. Im Vergleich zur ersten Erdölpreiskrise 1973/74 vollzieht sich das "Handelsrecycling" nach der zweiten Erdölpreiskrise 1979 schleppend. Während die Überschüsse der Leistungsbilanz der OPEC nach der ersten Krise bereits innerhalb eines Jahres halbiert waren, dürfte es diesmal mindestens 1½ Jahre dauern. Neben den politischen Umwälzungen im Iran und einer vorsichtigeren Entwicklungsstrategie in den meisten OPEC-Staaten dürfte angesichts des weltweit hohen Zinsniveaus die At-

traktivität des Veranlagens von Überschüssen in Finanzanlagen ein Grund für die langsamere Absorption sein.

Der Auftrieb der Weltrohstoffpreise (laut HWWA-Index) ist auf Dollar-Basis zuletzt schwächer geworden. Dies gilt besonders für Industrierohstoffe, aber auch für Energierohstoffe. Der Erdölpreis betrug im Jahresdurchschnitt 1980 31,4 \$ je Barrel. Trotz Entspannung auf den internationalen Erdölmärkten haben die OPEC-Länder am 1. Jänner 1981 erneut eine Preiserhöhung von 7% gegenüber Dezember verfügt. Im Februar 1981 lag der Durchschnittspreis bei 36,1 \$ je Barrel. Würde sich dieses Preisniveau im ganzen Jahr 1981 halten, so bedeutete dies eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 15%. Nimmt man einen Wechselkurs Schilling je Dollar von rund 14,5 an, entspricht dies einer Preiserhöhung in Schilling von 29%. Auch der reale Erdölpreis ist bis zuletzt gestiegen (realer Erdölpreis = OPEC-Preis, deflationiert mit dem Exportpreis westlicher Industriegüter).

Angesichts der internationalen Rezession ist im Jahr 1981 mit einem beträchtlichen Anstieg der Arbeitslosenraten zu rechnen (in der OECD insgesamt von 5,7% 1980 auf 6,5% bis 7% 1981). Der Auftrieb der Verbraucherpreise wird sich von der Nachfrageseite her verringern; in einzelnen Ländern wird jedoch je nach Konstellation der Währungen gegenüber dem Dollar und damit der Terms-of-Trade-Verschlechterung ein deutlicher Kostenimpuls auf die Inflation ausgehen. Insgesamt kann man damit rechnen, daß in der OECD-insgesamt die Verbraucherpreise um 9,5% steigen werden (1980 + 12,5%).

Zur Situation in Österreich

Geld- und Budgetpolitik

Die traditionellen Hartwährungsländer — darunter Österreich — sehen sich zur teilweisen Anpassung ihres Zinsniveaus gezwungen, um ihre Wechselkurs-

Annahmen über die Internationale Konjunktur

	1978	1979	1980	1981
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Brutto-Inlandsprodukt real				
USA	4,4	2,3	- 0,1	0
Japan	5,9	5,9	5,5	4
BRD	3,2	4,5	2,0	- 1
OECD-Europa	3,0	3,3	1,5	0
OECD-insgesamt	3,9	3,3	1,0	½
Welthandel real	6,0	6,0	1,0	- 1
Weltrohstoffpreise				
HWWA-Index Dollarbasis	- 1,6	31,5	47,9	13
Erdölpreis				
OPEC-Durchschnitt Dollar je Barrel	13,3	18,6	31,4	36,1
Wechselkurs Schilling je Dollar	14,52	13,37	12,94	14,50

politik aufrecht zu erhalten und den drohenden Inflationsimport hintanzuhalten. Die Aussichten auf ein rasches Ende der amerikanischen Hochzinspolitik sind derzeit nicht sehr gut. Selbst wenn die Inflationsrate in den USA allmählich sinken sollte, wird in der Geldpolitik die restriktive Grundhaltung erst aufgegeben werden, wenn eine Rückkehr zu steigenden Inflationsraten nicht mehr zu erwarten ist. Sollten die US-Zinssätze im Laufe des Jahres leicht sinken, wird die Stärke des Dollars davon kaum betroffen werden, weil sich der Zinsabstand auch in diesem Fall nicht wesentlich verringern wird. Die europäischen Hartwährungsländer werden jede Möglichkeit nützen, ihre Zinssätze parallel zu den amerikanischen zu senken. Für die österreichische Geldpolitik im Jahre 1981 ist zu erwarten, daß die restriktive Linie beibehalten wird, wenn auch hier die bescheidenen Möglichkeiten ausgenutzt werden dürften, das Zinsniveau zu ermäßigen. Darüber hinaus könnte sich in der Gewichtung der wirtschaftspolitischen Ziele eine leichte Verschiebung ergeben, wenn sich die Leistungsbilanz nicht weiter passiviert und die reale Nachfrage zurückgeht.

Die Hartwährungspolitik, wie sie im Herbst 1979 definiert wurde, beabsichtigte, den realen effektiven Wechselkurs des Schillings mittelfristig konstant zu halten. Dies ist bis zum Herbst 1980 im großen und ganzen gelungen, seither aber auf Grund der Dollarstärke von einer realen Abwertung (zwischen August 1980 und Jänner 1981 um etwa 4%) abgelöst worden. Eine Rückkehr zu den alten Relationen ist derzeit nicht realistisch, weil die dazu erforderliche Werterhöhung des Schillings gegen die DM um 4% vom Markt her nicht zu rechtfertigen wäre. Österreich hält daher zunächst die Schilling/DM-Relation weiterhin konstant, wodurch sich im Jahresdurchschnitt 1981 sowohl nominell als auch real eine effektive Wertverminderung des Schillings ergeben wird. Kurzfristig wird dies die Leistungsbilanz weiter passivieren und die Inflationsrate erhöhen. Die Abwertung der Lira am 23. März 1981 um 6% vermindert den Wertverlust des Schillings um etwa 1/2 Prozentpunkt, wenn sie sich voll auf dem Markt durchsetzt.

Unter der Annahme, daß das derzeit bestehende Vertrauen in den Dollar im Laufe des Jahres 1981 nicht durch Sonderfaktoren erschüttert wird, könnte ein Kurs von etwa 14,5 S je \$ im Durchschnitt des Jahres 1981 erhalten bleiben. Eine "No-change"-Prognose auch für die anderen Währungen ergäbe eine effektive Abwertung des Schillings im Jahresdurchschnitt 1981 von nominell 1 1/2% und real 3 1/2%.

Wie bereits im Jahre 1980 werden auch heuer — die Einhaltung des Bundesvoranschlags 1981 unterstellt — vom Budget leicht restriktive Wirkungen ausgehen. Es ist beabsichtigt, das Nettodefizit des Bundes von 2,9% auf 2,5% des Brutto-Inlandsproduktes zu senken. Verglichen mit 1980 wird im laufenden Jahr

Entwicklung der Nachfrage

	1979	1980	1981	1979	1980	1981
	Mrd S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Nominell</i>						
Privater Konsum	510,9	550,5	582,2	9,0	7,8	5%
Öffentlicher Konsum	165,5	177,1	191,3	7,0	7,0	8
Brutto-Anlageinvestitionen	228,3	251,2	263,8	9,0	10,0	5
Lagerbewegung und Statistische Differenz	20,4	27,9	16,2			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	925,1	1006,7	1053,5	10,6	8,8	4 1/2
Plus Exporte i. w. S	335,7	386,5	414,9	13,7	15,2	7 1/2
Warenverkehr ¹⁾	206,2	226,3	224,4	17,1	9,8	8
Reiseverkehr	75,0	85,0	93,5	10,9	13,2	10
Minus Importe i. w. S	346,5	405,5	426,8	17,5	17,0	5
Warenverkehr ¹⁾	270,0	316,0	331,0	16,4	17,1	4%
Reiseverkehr	40,4	41,9	43,8	10,1	3,6	4 1/2
Brutto-Inlandsprodukt	914,3	987,7	1041,6	9,3	8,0	5 1/2
<i>Real (zu Preisen von 1964)</i>						
Privater Konsum	245,3	249,2	246,7	4,7	1,6	-1
Öffentlicher Konsum	52,3	53,4	54,5	3,0	2,0	2
Brutto-Anlageinvestitionen	111,3	116,2	114,7	4,2	4,4	-1 1/4
Bauten	59,3	58,9	57,1	0,5	-0,7	-3
Ausrüstungen	52,0	57,3	57,6	8,8	10,2	1/2
Lagerbewegung und Statistische Differenz	14,7	17,3	9,3			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	423,6	436,1	425,2	5,8	2,9	-2 1/2
Plus Exporte i. w. S	193,5	211,6	214,3	9,1	9,3	1 1/4
Warenverkehr ¹⁾	128,5	134,1	138,1	12,3	4,4	3
Reiseverkehr	32,8	35,0	35,7	6,3	6,7	2
Minus Importe i. w. S	189,8	204,8	199,0	11,1	7,9	-3
Warenverkehr ¹⁾	153,8	164,8	159,9	10,1	7,1	-3
Reiseverkehr	20,7	20,6	20,1	2,8	-0,3	-2 1/2
Brutto-Inlandsprodukt	427,3	442,9	440,5	5,1	3,6	- 1/2

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik

die Verringerung des Defizits weniger durch zurückhaltende Ausgabenpolitik als durch zusätzliche Einnahmen angestrebt und damit der Entzugseffekt der inlandwirksamen Einnahmen erhöht.

Lohnpolitik

Die Weichen für die Fortsetzung einer maßvollen Lohnpolitik wurden im wesentlichen im Vorjahr gestellt. Die Lohn- und Gehaltsrunde wurde in der Hauptsache noch gegen Jahresende 1980 abgeschlossen und wird zu Tariflohnerhöhungen von gut 7% im Jahresdurchschnitt führen; das ist zwar um etwa 2 Prozentpunkte mehr als 1980, wird aber die Zuwachsraten der Effektivverdienste infolge Verringerung der Lohndrift und der Überstunden nur unwesentlich erhöhen.

Angesichts der sich abzeichnenden Konjunkturschwäche hat die Arbeitsmarktverwaltung bereits im Dezember eine rasche und konzentrierte Vergabe der Arbeitsmarktförderungsmittel vorgesehen, wobei stärker als bisher der Strukturverbesserungsaspekt beachtet werden soll. Sollte sich jedoch — was zur Zeit nicht erwartet wird — die Lage auf dem Arbeitsmarkt dramatisch verschlechtern, würden Mittel aus dem Konjunkturausgleichsbudget freigegeben werden.

Revision der Prognose für 1981

Trotz etwas pessimistischerer Einschätzung der Konjunktur im Ausland sah sich das Institut nicht veranlaßt, seine Exportprognose zu revidieren. Die lebhaftere Nachfrage aus den OPEC-Ländern wird ein noch tieferes Sinken der wirtschaftlichen Aktivität in den ersten Monaten dieses Jahres verhindern. Dann könnte ein exportgetragener Aufschwung einsetzen. Die österreichischen *Exporte* werden 1981 real um 3% zunehmen. Es wird unterstellt, daß die österreichischen Absatzmärkte in den westlichen Industriestaaten heuer stagnieren, die Märkte im Nicht-OECD-Bereich jedoch um 6½% wachsen werden. Die effektive Abwertung des Schillings hat, ähnlich wie dies für die Bundesrepublik Deutschland der Fall ist, die Wettbewerbsposition Österreichs verbessert, was zu Marktanteilsgewinnen führen könnte.

Für den *Ausländerreiseverkehr* werden höhere Deviseneingänge als zuletzt angenommen, da die Wintersaison besser als erwartet verlief (Schneemangel in Südtirol).

Die Dollarkurserhöhung verschlechtert die Terms of Trade, was stärker, als bisher angenommen, auf die Verbraucherpreise durchschlagen wird. Die Realeinkommen und die Inlandsnachfrage, insbesondere der private Konsum, werden dadurch fühlbar gedämpft. Das Brutto-Inlandsprodukt wird leicht, und zwar um ½% zurückgehen. Nach wie vor wird unterstellt, daß im Jahresverlauf ein mäßiger Aufschwung beginnt, der allerdings später — etwa ab Jahresmitte — einsetzen wird, als noch im Dezember angenommen wurde. Die in der Dezember-Prognose gemachte Aussage, daß die österreichische Wirtschaft zwischen dem II. Quartal 1980 und der Jahresmitte 1981 eine ausgeprägte Rezession durchschreitet, ist erneut zu unterstreichen. Im 1. Halbjahr werden Industrieproduktion und Brutto-Inlandsprodukt deutlich unter dem Vorjahresniveau liegen.

Die *inländische Endnachfrage* wird heuer um ¾% schwächer ausfallen als im Vorjahr. Die Prognose des *privaten Konsums* vom Dezember nahm für 1981 eine Stagnation auf dem Vorjahresniveau an. Sie muß jetzt merklich nach unten revidiert werden. Preis- und Realeinkommensentwicklung werden nunmehr pessimistischer eingeschätzt. Die Pro-Kopf-Einkommen werden um 7½% wachsen. Infolge einer etwas günstigeren Beschäftigungsprognose als im Dezember werden Lohn- und Gehaltssumme brutto (+7¾%) sowie Netto-Masseneinkommen (+6¼%) um ¼ Prozentpunkt höher als im Dezember angesetzt. Die Inflationsrate wird etwa 6¾% betragen. Die realen Netto-Masseneinkommen werden voraussichtlich um ½% zurückgehen. Diese Annahmen implizieren ein leichtes Ansteigen der Sparquote.

Bei niedrigem Wachstum oder Rückgang der Realeinkommen weichen die Konsumenten vermehrt vom

traditionellen Weihnachtsgeschäft auf den preisgünstigeren Winterschlußverkauf aus. Im Jahresdurchschnitt wird sich die saisonbereinigte reale Konsumnachfrage etwa auf dem Niveau des IV. Quartals 1980 einpendeln.

Der Rückgang im Vorjahresvergleich bei den realen Konsumausgaben wird sich 1981 im wesentlichen auf die Ausgaben für die einkommenselastischen dauerhaften Konsumgüter (real rund -4% bis -5%) beschränken. Insbesondere die Nachfrage nach Pkw (-6% bis -7%) dürfte deutlich unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Bei den übrigen Waren und Leistungen wird etwa eine Stagnation erwartet.

Die *Investitionstätigkeit* wird nun insgesamt etwas pessimistischer beurteilt als im Dezember. Dies trifft allerdings nicht für die Industrieinvestitionen und für die Investitionen im Energiebereich zu. Die Industrie wird nach Auffassung des Institutes die im Investitionstest gemeldeten Pläne für 1981 weitgehend durchziehen. Dafür spricht, daß es sich vielfach um mittelfristige Investitionsprogramme handelt, die Ertragskraft der Unternehmungen 1980 durch eine günstigere Arbeitskostenentwicklung gestützt wurde und schließlich noch vor Jahresablauf um zinsbegünstigte Kredite eingereicht werden konnte. Für die übrigen Ausrüstungsinvestitionen wird nunmehr ein deutlicherer Rückgang als im Dezember angenommen. Anhaltend hohe Zinsen, der Nachfragerückgang und Sekundärwirkungen der Insolvenzen werden dafür bestimmend sein.

Die Aussichten für die *Bauwirtschaft* haben sich weiter verdüstert; sie erlebte heuer die stärkste Winterarbeitslosigkeit seit 1975 und kann auch nicht mit einer Belebung zu Beginn der Bausaison rechnen. Die öffentliche Hand, vor allem die Länder und Gemeinden, werden mit Bauaufträgen zurückhaltend sein. Im Hochbau werden kaum neue Projekte begonnen, man konzentriert sich auf die Fertigstellung begonnener Bauvorhaben. Der Bund dürfte von den Ermächtigungen gemäß Artikel VIIIa Bundesfinanzgesetz großteils Gebrauch machen, wodurch zusätzliche Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stehen werden.

Das hohe Zinsniveau beeinträchtigt die *Wohnbautätigkeit*. Außerdem wird die Nachfrage gedämpft durch die Zurückhaltung der Bausparkassen bei der Darlehensvergabe, durch zögernde Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln in einigen Bundesländern und schließlich durch Unsicherheiten über die Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes, insbesondere über die Annuitätenzuschüsse.

Den Konjunkturerwartungen entsprechend werden die *Lagerinvestitionen* weit unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Der Abbau der Rohwarenlager dürfte etwa zur Jahreswende beendet gewesen sein, die Drosselung der Fertigwarenlager wird sich auch heuer noch fortsetzen. Infolge der hohen Zinsen ist

eine vorsichtige Lagerdisposition zu erwarten. Ein neuerlicher Lageraufbau wird erst in der zweiten Jahreshälfte beginnen.

Die Abschwächung der Inlandsnachfrage läßt einen fühlbaren Rückgang der *realen Importe* erwarten (um 3%), die reale Importquote wird um etwa 1 Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert liegen.

Neuerliche Verschlechterung der Terms of Trade

Die Importpreise werden hauptsächlich infolge der Dollarkursanhebung viel stärker steigen (+8%), als im Dezember angenommen. Unter der Annahme, daß der Dollarkurs im Jahresdurchschnitt 1981 etwa 14,5 S betragen wird und keine weitere Erdölpreiserhöhung eintritt, werden sich die Preise der Energieimporte um rund 22% erhöhen. Für die übrigen Importgüter wird eine Verteuerung um 5% erwartet. Eine gleich hohe Steigerung wird für die Exportpreise unterstellt. Somit werden sich die Terms of Trade nach -3,7% im Jahre 1980 im Jahresdurchschnitt 1981 erneut um 3% verschlechtern. Dies impliziert, daß sich die Import- und Exportpreise, die zu Jahresbeginn erheblich auseinanderklafften, weil sich die starke Dollaraufwertung in den Importpreisen rascher niederschlägt als in den Exportpreisen, im Jahresverlauf einander annähern werden.

Wegen der deutlichen Verschlechterung der Terms of Trade wird sich das Defizit der *Handelsbilanz* 1981 nur um 2½ Mrd S oder, in Prozent des Brutto-Inlandsproduktes ausgedrückt, um 0,7 Prozentpunkte verringern. Unter Berücksichtigung der höheren Nettoerlöse aus dem Dienstleistungsverkehr wird erwartet, daß das Defizit der Leistungsbilanz um 7,3 Mrd S kleiner wird.

Das Defizit der "erweiterten" Leistungsbilanz wird sich nicht in dem Ausmaß verringern, weil die Statistische Differenz im Jahre 1980 durch Sondereffekte überhöht war und nicht in gleicher Höhe fortgeschrieben wird.

Beschäftigung reagiert nur schwach auf die Rezession

Die Entwicklung der unselbständig Beschäftigten hat bisher nur wenig auf die Konjunkturabschwächung reagiert. Industrie und Gewerbe werden voraussichtlich 10 000 Personen freisetzen, die Bauwirtschaft 5 000, der Dienstleistungsbereich hingegen wird 21 000 Personen aufnehmen. Das ergibt einen Beschäftigungszuwachs von 5 500 Personen oder 0,2% im Jahresdurchschnitt. Die Arbeitslosenrate wird von 1,9% im Jahre 1980 auf 2,4% steigen. Diese Arbeitsmarktprognoze impliziert eine sehr schlechte Produktivitätsentwicklung.

Wichtige Prognosegrößen

	1979	1980	1981	1979	1980	1981
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Industrieproduktion				6,3	4,6	-1
Arbeitsmarkt						
Beschäftigte insgesamt (1 000)	2 770	2 789	2 794	0,7	0,7	-0,2
Beschäftigte Industrie (1 000)	620	627	617	-0,4	1,1	-1,6
Arbeitslose (1 000)	57	53	68			
Arbeitslosenrate (%)	2,0	1,9	2,4			
Einkommen						
Lohn- und Gehaltssumme (brutto Mrd S)	497,0	535,5	577,0	6,5	7,7	7%
je Beschäftigten (brutto, 1.000 S)	179,4	192,0	206,5	5,7	7,0	7½%
Netto-Massen-einkommen (Mrd S)	492,0	523,4	556,1	6,7	6,4	6%
Preise						
Verbraucherpreise (Ø 1976 = 100)	113,3	120,5	128,6	3,7	6,4	6%
Großhandelspreise (Ø 1976 = 100)	108,4	117,7	127,1	4,2	8,6	8
Deflator des BIP (Ø 1964 = 100)	214,0	223,0	236,4	4,0	4,2	6

Beschleunigung des Preisauftriebs

Die Inflationsrate für 1981 muß von 6% auf 6¾% hinaufgesetzt werden. Die Revision beruht hauptsächlich auf einer Neueinschätzung der Preise für Energie, nicht zuletzt in Anbetracht der Dollar-Aufwertung. Während es im Dezember noch wahrscheinlich schien, daß sich der Preisauftrieb in diesem Sektor im Vergleich zum Vorjahr abschwächen würde, ist mit einem ebenso starken Anstieg wie im Vorjahr zu rechnen. Die Revision der Energiepreisprognose allein erhöht die Inflationsrate um ½ Prozentpunkt. Die Erhöhung des Dollarkurses verteuert darüber hinaus auch industrielle Waren. Zusammen mit einer etwas pessimistischeren Einschätzung der Entwicklung der Saisonwarenpreise ergibt sich damit eine Gesamtinflationrate von 6¾%.

Monetärer Sektor: Abbau der Geldkapitallücke

Die *Geldkapitallücke* bei den Kreditunternehmen wird sich — die Tendenz des 2. Halbjahres 1980 fortsetzend — weiter verringern: Die Kreditnachfrage hat sich abgeschwächt, und gleichzeitig hat die Geldkapitalbildung zugenommen. Diese Tendenz wird sich mit weiterer Abflachung der Konjunktur verstärken, so daß die Kreditinstitute relativ (jedenfalls im Vergleich zum Vorjahr) liquide sein und nach Anlagemöglichkeiten suchen werden. Auch bei den gegebenen hohen Zinssätzen sollte genügend inländische Nachfrage nach Finanzierungsmitteln vorhanden sein, ansonsten

würde es zu verstärkten Auslandsveranlagungen und damit zu Devisenabflüssen kommen. Vor allem der *Bund* — der heuer auch im Ausland keine günstigeren Bedingungen erhalten kann — wird sich voraussichtlich vorwiegend im Inland verschulden. Zur Beschränkung der Zinssatzbelastung sollte die Finanzierung hauptsächlich mit kurzfristigen Titeln erfolgen.

Der Rentenmarkt litt Anfang des Jahres noch an der Schwäche der Publikumsnachfrage. Eine Änderung ist erst nach dem I. Quartal zu erwarten, wenn die höhere Verzinsung und das erweiterte Anlagepotential des Kreditapparates und/oder der privaten Nichtbanken zum Tragen kommen.
Abgeschlossen am 31. März 1981.